

Warum tausende Tunesier flüchten, aber sich unvergleichlich mehr an Streiks beteiligen

VON DANNY LEDER

Die Szene spielt sich im Fischerhafen der südtunesischen Stadt Zarzis ab, nur wenige Kilometer von den Sandstränden der zurzeit leerstehenden Hotels entfernt. Junge Männer umringen einen älteren Fischer, der sie streng anfährt: „Hier wird im Voraus bezahlt. Wenn Du das Geld nicht mithast, kommst Du heute nicht mehr weg. Wir schließen um 18 Uhr. Wir haben die selben Öffnungszeiten wie das französische Konsulat“. Ein Polizist schaut zu und grinst.

Das Geschäft mit den Migrant*innen, die ins nahe Italien übersetzen wollen, ist voll im Gange. 1500 Euro kassiert ein Schiffsbesitzer pro Person. Ein zehn Meter langer Kutter, auf dem man vier bis fünf dutzend Menschen zusammenpferchen kann, kostet rund 15.000 Euro – eine unwiderstehliche Gewinnchance für die Fischer.

Die Flüchtlinge kommen aus den ärmsten Ortschaften. Dort zahlte die Bevölkerung den höchsten Blutzoll für den Sturz von Präsident Ben Ali. Dass sie jetzt, ein Monat nach ihrem Sieg, weg wollen, ist für sie kein Widerspruch.

Es sind junge Handwerker, etwa Elektriker oder Friseure, die sich mit Gelegenheitsjobs in der Landwirtschaft oder im Tourismus mehr schlecht als recht durchschlugen. Es gibt unter ihnen auch Akademiker, die sogar mit über 30 Jahren nie das Geld für eine Heirat zusammenbrachten. Erst wurden sie vom kollektiven Freudentaumel der Revolution mitgerissen. Mit der Rückkehr zur tristen sozialen Realität sackten ihre Hoffnungen wieder jäh ab.

Der Fremdenverkehr ist vorläufig weggebrochen, und an die Zukunftsversprechen der neuen Regierung vermögen sie nicht zu glauben: „Europa ist realer, und die Chance dorthin zu gelangen, ist vielleicht bald wieder vorbei“, sagt einer, und meint damit die aktuelle Schwäche der Sicherheitskräfte.

Die unter Ben Ali allmächtige Polizei hält sich vorerst bedeckt. Jetzt ist die Armee als Ordnungsmacht im Einsatz. Sie kann aber das von der Polizei hinterlassene Vakuum nicht füllen. Stellenweise geben kriminelle Banden den

Ton an. Sie haben Zulauf: nach dem Umsturz kamen einige tausend Strafgefangene frei. Auch banale Streitigkeiten arten in Schlägereien aus.

Die Übergangsregierung, die vor allem aus angesehenen Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft besteht und Wahlen für Herbst vorbereitet, versucht die Staatsverwaltung aufrecht zu erhalten. Aber die meisten Beamten waren Parteigänger von Ben Ali. Ihr Verbleib in Führungsämtern löst Volkszorn aus.

Außerdem steht die Regierung unter Druck einer sozialen Protestwelle. Tatsächlich ist die Zahl der Tunesier, die ihr Heil in der Flucht suchen, verschwindend gering im Vergleich zu denjenigen, die sich an Streiks und Demos beteiligen. Ein französischer Diplomat erinnert sich an europäische Vorbilder: „Das hatten wir alles schon mal. Als die DDR zusammenbrach, gab es eine Fluchtwelle in den Westen. Als in Portugal die Diktatur fiel, gab es endlose Streiks und Proteste. Warum soll es in einem arabischen Land anders zugehen?“